

ner beteiligt, wie z. B. der Wachtmeistermaat Lamm, der als Delegierter des Kieler Soldatenrates seinem Landsmann Adolf Geck in Offenburg über die dortigen Ereignisse berichtete. Und der Karlsruher Matrose Schehr hatte in Wilhelmshaven „in der Propaganda, ebenso bei der Bildung von Demonstrationen und Soldatenräten“ eine Rolle gespielt (Oeftering). Was die weitere Bemerkung des Vf. betrifft, daß sich am 9. November in Karlsruhe „erst am Abend überaus zögernd eine Soldatenversammlung formierte“, so berichtet wiederum Oeftering: „Der Bahnhofplatz war gedrängt voll Soldaten...“, keine Bemerkung, daß sie nur zögernd zusammengekommen seien. Während sich die Parteiführer im Rathaus versammelten, drängten sich die Massen auf den Straßen; und während des Marsches vom Bahnhof zum Rathaus, wobei sich der Stadtrat Sauer mit dem Unabhängigen Brümmer bereits am Bahnhof über die Bildung eines Ausschusses verständigt hatten, wurde man sich im Rathaus über die Bildung eines Wohlfahrtsausschusses einig. Der nicht anwesende Sauer wurde zum Obmann ernannt. Bei Ankunft des Zuges gab der Unabhängige Böpple sofort bekannt, man habe einen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet und wolle im großen Rathaussaal tagen. Man wird kaum belegen können, – falls man dieser Frage überhaupt Bedeutung beimessen will –, daß der Soldatenrat später als der Wohlfahrtsausschuß gebildet wurde. Festzuhalten bliebe lediglich, daß sich der Soldatenrat als revolutionäres Organ der versammelten Soldaten konstituierte, während der Wohlfahrtsausschuß ein Gremium – in der Zusammensetzung teilweise zufallsbedingt – von Politikern, Parteileuten und Gewerkschaftssekretären war, das zusammengetrommelt worden war, um die Entwicklung in den Griff zu bekommen.

Eberhard Gönner weist im Vorwort auf die Aktualität des Themas hin: „Die politischen Gegensätze, die in der russischen Revolution von 1917 aufgebrochen sind und auch in der deutschen Revolution von 1918 offenbar wurden, bestimmen bis auf den heutigen Tag die europäische Geschichte.“ Doch die Novemberrevolution brachte keine entscheidende soziale Wandlung: „Von dieser Revolution ist keine Initialzündung für eine neue soziale und verfassungsgeschichtliche Entwicklung ausgegangen, aber sie hat bestehende Trends verstärkt und beschleunigt.“

Dr. Erwin Dittler

Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. von Paul-Ludwig Weinacht.

Mit einem Geleitwort von Hans Filbinger. Stuttgart u. a. Kohlhammer, 1978. (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Bd. 2)

Nach der von Bausinger, Eschenburg u. a. herausgegebenen Landeskunde Baden-Württemberg (1975) legt jetzt die Landeszentrale für politische Bildung den zweiten Band ihrer Schriften über die CDU im Südwesten vor. Bände über die SPD und die FDP/DVP werden folgen. Der Herausgeber Paul Ludwig Weinacht und seine Mitautoren haben hier ein unentbehrliches Nachschlagewerk über die CDU geschaffen, das in der Gliederung den einzelnen Landesverbänden (Südbaden, Nordbaden, Nord-Württemberg, Württemberg-Hohenzollern) und den zeitlichen Abschnitten „Geschichte“ 1869–1945, Nachkriegszeit 1945–51, Baden-Württemberg 1952–1971/72, alleinige Regierungsverantwortung 1971/72–1977 folgt. Dabei machen die Autoren deutlich, daß die historischen Wurzeln der CDU in die katholischen und evangelischen Parteien des 19. Jhs. zurückreichen, daß die These von der „Neugründung“ nach der Katastrophe von 1945 in ihrer Ausschließlichkeit also revidiert werden muß; dennoch erscheint dem Rezensenten das historische Kapitel (Teil A) zu kurz geraten.

Während der Historiker zeitliche Distanz zum Geschehen als unerläßliche Arbeitsvoraussetzung betrachtet und auf die Öffnung der Archive wartet (vielleicht auch vor jüngsten und noch aktuellen Themen zurückscheut), bezieht Weinacht, Professor an der PH in Freiburg, mit dem Mut des Politologen sogar noch die Vorgänge um den Rücktritt von Hans Filbinger als Ministerpräsident im Spätsommer 1978 in seine Einführung ein. Obwohl mit seinen Sympathien auf Seiten der CDU, gelingt ihm in der Auswertung der publizistischen Kontroverse („Der Spiegel“, „Die Zeit“ – „Rhein. Merkur“) eine ausgewogene Darstellung. Da die baden-württembergische CDU den Wechsel von Filbinger zu Lothar Späth relativ reibungslos überstanden hat, dürfte inzwischen auch die noch unter dem Eindruck der Ereignisse getroffene pessimistische Vorausschau für die Partei gegenstandslos geworden sein (29 Anm. 46).

H. Raulff